

Titel Links Leben!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Links Leben!

1 Links Leben – Über lange Zeit war mehr oder weniger klar was das bedeutet: Mit Hammer und
2 Meißel unterm Arm, „Glück auf“ auf den Lippen und dem „Kapital“ unterm Kopfkissen machte
3 man sich auf zur Maloche, nach 8 Stunden harter körperlicher Arbeit entweder zum
4 Arbeitergesangsverein, auf den Bolzplatz oder in den Lesezirkel. Am Wochenende ging's zur
5 Demo oder auf die Scholle. Oder zumindest stellte man sich das gerne so vor. Später war es die
6 Studi-WG, Stricken während der Vorlesung, die Friedensdemo und die freie Liebe. Auch wenn
7 die plakativen Vorstellungen nie auf die Mehrheit der Jusos zugetroffen haben, eine Vorstellung
8 davon, wie ein „gutes linkes Leben“ auszusehen hatte gab es meistens. Und heute? So viele
9 Möglichkeiten stehen uns offen: von der selbstverwalteten Microbrewery über Sozialarbeit oder
10 in der öffentlichen Verwaltung Teil des politischen Systems werden – was davon ist wirklich
11 „links“, oder besser noch „am linkensten“? Müssen wir dafür VeganerInnen werden oder in
12 Erinnerung an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung Feuerwehrmarmelade zum Frühstück
13 essen? Gründen wir eine möglichst große Familie um uns selbst zu verwirklichen und viele
14 SozialistInnen groß zu ziehen oder bleiben wir in Verweigerung der Gesamtgesellschaft besser
15 alleine um nicht aus Versehen Teil des Systems zu werden? Ist der eigene Bio-Hof in
16 Brandenburg die Lösung oder ist das nicht Zersiedelung der Landschaft? Und tragen wir
17 eigentlich zur Gentrifizierung bei? Ist die fortschreitende Digitalisierung ein Weg zu mehr
18 Selbstbestimmung und Flexibilität oder führt zu Entgrenzung und Stresssymptomen? Auf diese
19 und viele andere neue Fragen, können bisherige Richtschnüre für jungsozialistisches Handeln
20 nur bedingt Antworten geben – es hilft nichts, wir müssen sie uns selber suchen. Dazu haben
21 wir uns in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht, um Leitlinien für jungsozialistische
22 Politik im 21. Jahrhundert zu suchen. Entwickelte und diskutierte Thesen können dabei nur
23 erste Aufschläge sein, für eine jungsozialistische Erzählung eines guten linken Lebens. In den
24 kommenden Jahren müssen wir diese weiterentwickeln, mit Leben füllen und immer wieder auf
25 den Prüfstand stellen. Denn klar ist: Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal
26 erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die Welt sich ununterbrochen verändert und wir
27 deshalb immer wieder neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft
28 gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht.

29

30 Das eine richtige Leben haben, werden und wollen wir nicht entwickeln. Wir können dabei nur
31 Leitthesen zur Orientierung diskutieren, die jedeR für sich selbst mit Leben füllen muss – und im
32 Zweifelsfall muss auch die Dialektik einer jungsozialistischen Einstellung in einer kapitalistischen
33 Gesellschaft ausgehalten werden. In den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere
34 Gesellschaft vielfältiger, Lebensentwürfe pluralistischer und individueller werden. Dies ist eine
35 wichtige Leitlinie für unsere Diskussionen gewesen. Jungen Menschen ist es enorm wichtig,
36 dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten
37 können – ohne Zwänge und ohne Angst. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert
38 unsere Gesellschaft und das Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle
39 Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken liegen oft nah beieinander.

40

41 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
42 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
43 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
44 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am

45 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
46 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
47 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des
48 Einzelnen, gesellschaftliche Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.
49

50 Für uns ist weiterhin klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es
51 reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen
52 und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die
53 Aufgabe eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte
54 gesellschaftliche Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht
55 werden können. Das heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlichen
56 Ausgeschlossenen, Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance
57 auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Solidarität auch bei den ökologischen
58 Herausforderungen, denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und
59 Solidarität nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen
60 Welt. Ein gutes linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die
61 Überwindung systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.
62

63 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
64 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
65 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
66 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb haben wir uns die letzten
67 zwei Jahre aufgemacht und gemeinsam diskutiert: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein
68 gutes linkes Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?
69

70 Diese Debatte haben wir nicht alleine geführt, sondern breit in den Verband getragen, in
71 Zukunftswerkstätten, auf dem Linkskongress sowie unserem Sommercamp haben wir mit euch
72 diskutiert, argumentiert und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Auch mit
73 unseren BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder anderen
74 Jugendparteien haben wir unsere Ideen rückgekoppelt und verschiedenen Meinungen
75 eingeholt.
76

77 In verschiedenen Themenblöcken von „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“ und „Wie viel
78 Arbeit braucht das Leben?“ bis hin zu „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“ und „Wie
79 viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?“ haben wir Thesen entwickelt und Antworten
80 formuliert. Das sind unsere Ergebnisse:
81

82 **Thesen: Wieviel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

83
84 1. Natürliche Monopole müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden
85

86 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns jene Güter und Dienstleistungen, die der
87 Mensch braucht, um leben zu können. Für die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen
88 ist der Staat verantwortlich. Darüber hinaus ist er auch für deren Organisation und
89 Ausgestaltung verantwortlich. Der Staat muss das Soziokulturelles Existenzminimum
90 sicherstellen. Dieses muss an linken Maßstäben ausgerichtet sein. Zu den Gütern der
91 öffentlichen Daseinsvorsorgen gehören für uns unter anderem die Bildung, die Infrastruktur, der
92 Energiesektor, der Gesundheitssektor und die öffentliche Sicherheit. Auch einige Güter, bei
93 denen es ein natürliches Monopol gibt, gehören in öffentliche Hand und zur öffentlichen
94 Daseinsvorsorge, um deren Bereitstellung trotz hoher Fixkosten für alle Menschen
95 sicherzustellen.
96

97 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht ökonomisiert werden. Das bedeutet, dass
98 eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sein
99 darf, sondern sich am Wohl des Menschen ausrichten muss und nur sich selbst finanzieren darf.
100 Eine Privatisierung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Dort wo Güter
101 der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden müssen sie wieder zurück in staatliche
102 Hand gebracht werden.
103

104 Güter und Dienstleistungen, sowie auch deren Produktion, die nicht zur öffentlichen
105 Daseinsvorsorge zählen oder kein natürliches Monopol darstellen bedürfen einer umfassenden

106 staatlichen Regulierung im Sinne des Wohles aller Menschen.

107

108 Eine privatwirtschaftliche Organisation bestimmter Güter, die gerade in der Zukunft zu Gütern
109 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden könnten ist dann zu akzeptieren, wenn sie konsequent
110 an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und für alle gleichermaßen zugänglich ist. Dies
111 gilt bis zu dem Zeitpunkt an dem diese Güter ein natürliches Monopol darstellen.

112

113

114 2. Wir brauchen ein Wachstum nach neuen Paradigmen

115

116 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss langfristig neue Handlungsspielräume für
117 Wohlfahrt eröffnen. Dazu bedarf es einem langfristig und keinem kurzfristig ausgerichteten
118 Wirtschaften.

119

120 Dies ist in einem System in dem Wohlstand und Wachstum an den harten Fakten des BIP
121 gemessen wird nicht möglich. Deshalb bedarf es einer Abkehr vom BIP, einer Neudefinition von
122 Wohlstand und einem Paradigmenwechsel des Wachstums. Vor allem soziale Aspekte, sowie
123 Aspekte der Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit müssen zukünftig herangezogen werden
124 um Wachstum zu berechnen.

125

126 Aufgabe des Staates ist es daher einerseits neue Maßstäbe zur Berechnung von Wachstum
127 und Wohlstand zu setzen. Darüber hinaus muss der Staat durch Regulierung darauf hinwirken,
128 dass eine Langfristigkeit des Wirtschaftens Einzug ins Wirtschaftssystem erhält. Auch muss er
129 dies fördern und absichern. Eine Möglichkeit um einen finanziellen Spielraum für diese
130 Umgestaltung zu generieren könnte eine Ressourcenbesteuerung bzw. Sanktionierung für
131 Unternehmen unter bestimmten Konditionen bzw. bei der Nichteinhaltung von bestimmten
132 Konditionen sein.

133

134 3. Wir brauchen nachhaltiges Wirtschaften das natürliche Ressourcen schont und die Umwelt
135 schützt

136

137 Eine Langfristigkeit des Wirtschaftens bedeutet, dass Wirtschaften sozial ökonomisch,
138 ökologisch und kulturell nachhaltig sein muss. Ein langfristiges und somit auch nachhaltiges
139 Wirtschaften ist allerdings nicht durch einen erzwungenen Verzicht der Individuen möglich,
140 sondern nur durch einen technologischen Fortschritt, durch den Ressourcenschonung und
141 Umweltschutz gefördert werden können möglich, da es nur so zu einem ressourcenneutralen
142 Wachstum kommt.

143

144 Somit ist nachhaltiges Wirtschaften als ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.
145 Dazu bedarf es einer staatlichen Regulierung unter anderem durch die Setzung von
146 ökologischen Standards, die aber auch soziale und kulturellen Aspekte zwingend integriert.

147

148 Wir setzen aufgrund einer ökologischen Verantwortung auf nachhaltiges Wachstum. Nur so
149 können wir jenseits der Energiewende unsere Umwelt schützen und erhalten, Ressourcen über
150 Generationen gerecht verteilen und somit Fortschritt und Wohlstand für die gegenwärtige und
151 zukünftige Generationen sicher stellen.

152

153

154

155 4. Wir brauchen eine stärkere Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an

156 Unternehmensentscheidungen und eine Beteiligung an

157 Gewinnen

158

159 Erwerbsarbeit ist lohnabhängige Arbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert
160 schafft. Zudem schafft Arbeit einen Gebrauchswert und die Menschen können sich durch sie
161 selbstverwirklichen. Arbeit hat somit einen Doppelcharakter. Im Kapitalismus fließen Gewinne
162 nicht an den ArbeitnehmerInnen, sondern an die Kapitaleseite. Wir wollen, dass diejenigen, die
163 ihre Arbeitskraft veräußern an den Gewinnen des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts stärker
164 beteiligt werden. Ein Mittel dazu sind Gewinnausschüttungen.

165

166 Genossenschaften stellen eine Alternative zu den vorherrschenden traditionellen

167 Wirtschaftsformen dar. Sie ermöglichen der ArbeitnehmerInnenseite sich an unternehmerischen
168 Entscheidungen zu beteiligen. Dadurch können sie eine Abmilderung der kapitalistischen
169 Effekte fördern und somit den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen. Aufgabe
170 des Staates ist es vor diesem Hintergrund Genossenschaften einen größeren
171 Handlungsspielraum (z.B. Ring der Genossenschaften) zu ermöglichen und Hürden zur
172 Überführung von Unternehmen in genossenschaftliche Wirtschaftsform abzubauen, sowie die
173 Neugründung von Genossenschaften zu fördern.

174

175 Neben Genossenschaften gehört zu einer Demokratisierung der Wirtschaft aber auch die
176 Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll auch auf operative und strukturelle
177 Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden, unabhängig von Betriebsgröße und
178 Rechtsform. Dies führt auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, da sie über die Betriebsräte
179 mehr Einflüsse auf die Unternehmen gewinnen.

180

181 5. Die EU braucht eine gemeinsame Steuer- und Fiskalpolitik

182

183 Die EU verkommt aktuell zu einem neoliberalen Konstrukt, welches wirtschaftliche Gewinne vor
184 die Würde des Menschen stellt. Der Fiskalpakt sowie die von Deutschland betriebene
185 Austeritätspolitik veranschaulicht dies exemplarisch. Eine gemeinsame Währung braucht auch
186 eine gemeinsame Steuer und Fiskalpolitik. Nur so kann garantiert werden, dass neben einer
187 Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion etabliert werden kann. Säulen einer Sozialunion sind
188 nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ein Staatsfinanzausgleich, ein europäischer
189 Mindestlohn ausgerichtet am nationalen Existenzminimum, eine europäische
190 Unternehmensbesteuerung, eine Angleichung der Steuersystemen und eine
191 Kompetenzverlagerung von bestimmten steuerlichen Kompetenzen von der nationalen auf die
192 europäische Ebene.

193

194 Ein globaler Markt birgt neben den Vorteilen des freien Handels auch zahlreiche damit
195 einhergehende Risiken. Statt Freihandel brauchen wir einen partnerschaftlich organisierten
196 sozialen Welthandel. Dieser bedarf soziale, demokratische, ökologische
197 menschenrechtsbezogene und nachhaltige Standards. Dazu brauchen wir eine Abkehr von
198 Bilateralen Handelsverträgen, die meist zuungunsten der schwächeren Handelsparteien
199 ausgestaltet sind sowie eine Neuausrichtung und Stärkung von WTO und IWF.

200

201 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

202

203 1. Materielle Sicherheit und Bildung sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe

204

205

206 Die Teilhabe einer jeden/eines jeden an unserer Gesellschaft und Demokratie ist ein hohes
207 soziales Gut, für welches wir Jusos seit jeher einstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist aber
208 durch vielerlei Dinge beeinflusst und determiniert. So bedarf es als Grundvoraussetzung einer
209 materiellen Absicherung jedes Individuums, um überhaupt am sozialen Leben der Gesellschaft
210 teilhaben zu können. Ein linkes Leben bedeutet für uns deshalb, dass durch gute Arbeit und
211 gerechte Entlohnung jeder/jedem eine materielle Basis zur Befriedigung ihrer/seiner
212 Lebensbedürfnisse geboten wird. Diese Basis gehört für uns durch die Solidargemeinschaft und
213 den Staat abgesichert, damit niemand vom Gesellschaftsleben exkludiert wird.

214

215 Neben der materiellen Absicherung, bedarf es im Sinne gleicher und freier Menschen, weitere
216 Grundvoraussetzungen, damit jede/jeder am sozialen und politischen Leben teilhaben kann.
217 Hierzu zählt zuvorderst, dass für uns alle Menschen das allgemeine und gleiche Recht auf
218 Partizipation haben! Nur auf einer solchen Grundlage kann eine gesellschaftliche Teilhabe aller
219 gelingen. Daneben bedarf es aber auch der individuellen Befähigung: Bildung ist auch hier der
220 Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie an
221 politischen Prozessen. Emanzipatorische Bildung hat dabei einen hohen Stellenwert, die jede
222 Einzelne/jeden Einzelnen zu mündigem, selbstdenkendem, reflektierendem und kritisch-
223 analysierendem Handeln befähigt, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller darstellt.

224

225

226

227 2. Links leben heißt Demokratisierung aller Lebensbereiche

228

229 Für uns stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche die soziale Praxis zur Etablierung
230 eines demokratischen Sozialismus dar. Was sich träumerisch und sozialromantisch anhört, hat
231 für uns einen ganz realen Hintergrund. Für uns heißt Demokratie und Sozialismus, dass wir
232 nicht nur alle vier oder fünf Jahre über Vertretungskörperschaften abstimmen. Vielmehr handelt
233 es sich um einen aktiven Prozess, der sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, bzw.
234 niederschlagen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass ein grundsätzlicher Wandel in unserer
235 Wirtschaftsweise über eine Stärkung von Wirtschaftsdemokratie zu erreichen ist. Wir wollen,
236 dass die Belegschaften in den Betrieben stärker in die operativen Geschäftsbereiche
237 eingebunden sind und aktiver Part in der Gestaltung der Firmenpolitiken werden. Wirtschaften
238 ist für uns ein solidarischer Prozess. Links leben bedeutet daher, einen neuen Konsens über
239 den Stellenwert von Wirtschaften als solidarischen und demokratischen Prozess der
240 Bedürfnisbefriedigung einer gesamten Gesellschaft zu erreichen.

241

242 Die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses ist zentral für die Überwindung kapitalistischer
243 Strukturen, sie endet aber nicht dort. Für uns heißt dies praktisch, dass
244 Mitbestimmungsstrukturen in Schule oder Universität wieder gestärkt werden müssen, dass
245 Verfahren zur Beteiligung innerhalb politischer Prozesse ausgebaut werden und dass
246 letztendlich auch politische Parteien - insbesondere die sozialdemokratische - ihre Praxen
247 ändern müssen, um wieder verstärkt ein Ort des demokratischen Lebens und der
248 demokratischen Willensbildung in unserer Gesellschaft zu werden. Für uns ist hiermit aber
249 zugleich auch ein Bekenntnis zu repräsentativen Formen der Demokratie verbunden, da viele
250 Untersuchungen zeigen konnten, dass diese, im Vergleich zu direkten bzw. ergänzenden
251 Formen der Demokratie weniger sozial selektiv sind. Wir stehen zu einem Bekenntnis für die
252 direkte Beteiligung in Entscheidungsprozessen, wir glauben allerdings nicht, dass sich diese
253 zwangsläufig in einfachen Ja-oder-Nein-Entscheidung widerspiegeln kann. Politische Debatten
254 und Diskurse sind komplexer. Sie brauchen einen breiteren Diskussionsrahmen in unserer
255 Gesellschaft. Hierfür müssen durch eine fortschreitende Demokratisierung gesellschaftlicher
256 Strukturen Räume etabliert werden.

257

258 3. Den Kampf um mehr Demokratie in die Parteien tragen

259

260 Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, zu diskutieren und in
261 den parlamentarischen Prozess einzubringen. Die Mitglieder sind die tragende Säule einer
262 Partei, dies gilt insbesondere für die SPD, als Selbstorganisation politischer Subjekte, die sich
263 unter einem verbindenden Wertegerüst sammeln, für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen und
264 sich gegen Benachteiligung und Ausbeutung Vieler durch die Wenigen stark machen.

265

266 Wollen wir für die Demokratisierung aller Lebensbereiche kämpfen, müssen wir diesen Kampf
267 auch in unserer Partei führen. Wir erleben eine zunehmende Zentralisierung und Zuspitzung
268 politischer Entscheidungen auf wenige Spitzenfunktionäre und -gremien. Parteipolitik muss aber
269 für das einzelne Mitglied erlebbarer sein – Diskussionen müssen offen geführt werden und
270 dürfen keinen vorfestgelegten Ausgang haben. Dies heißt auch, dass wir Politik entschleunigen
271 müssen. Abwägungsprozesse brauchen Zeit und reifliche Überlegungen, einen Austausch über
272 das Für und Wider. Hierfür braucht es geeignete Räume. Dazu zählt auch eine kollegiale und
273 faire Streitkultur. Nur wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen die Mitgliedschaft und
274 das Engagement in unserer Partei als eine persönliche Bereicherung empfinden, bei der man
275 zu der Überzeugung gelangt, selber Teil gesellschaftlichen Fortschritts und der Veränderung zu
276 sein, wird die SPD eine Zukunft haben.

277

278 4. Ohne handlungsfähige Kommunen stirbt die Demokratie

279

280 Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben erfolgt direkt vor Ort in den Städten und
281 Kommunen, sie sind die Wiege politischer Partizipation. Deshalb halten wir es für notwendig,
282 dass der Weg zur stärkeren Demokratisierung gerade über die Schaffung von
283 Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu bestreiten ist. Wir wollen uns dafür einsetzen,
284 dass auf der lokalen Ebene ein offeneres und partizipativeres Demokratieverständnis erprobt
285 und praktiziert wird, welches Vorbild für die weiteren Ebenen werden kann. Auf der kommunalen
286 Ebene gibt es bereits heute weitreichendere Beteiligungsmöglichkeiten: So sind hier
287 UnionsbürgerInnenwahlberechtigt oder spezielle Beiräte (bspw. für Senioren, Jugendliche oder
288 Ausländerinnen und Ausländer), ermöglichen eine Einbindung weiterer AkteurInnen. Für uns

289 heißt inklusives Demokratieverständnis allerdings auch, dass die Beteiligungsrechte weiter
290 ausgebaut werden müssen. Nicht nur UnionsbürgerInnen sollen kommunales Wahlrecht
291 erhalten, sondern alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben.

292

293 Das gilt natürlich auch für alle Menschen, die noch nicht 18 sind. Die Absenkung des Wahlalters
294 auf 16 Jahre, ist auf vielen Ebenen bereits umgesetzt. Es wird Zeit, dass dies auch auf
295 Bundesebene Standard wird. Viele Kommunen stehen allerdings zur Zeit stark unter Druck.
296 Kommunale Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Kommunen handlungsfähig sind. Die
297 finanzielle Lage in den meisten Landesteilen ist jedochmehr als miserabel. Wer die Kommunen
298 verelenden lässt, der lässt auch die Demokratie bereitwillig sterben. Die Verantwortung hierfür
299 liegt bisweilen nicht immer bei den Kommunen selbst, sondern bei der fehlenden finanziellen
300 Ausstattung durch die Länder und den Bund, die den Kommunen zwar zunehmend mehr
301 Aufgaben zuweisen, diese aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Für "freiwillige Leistungen",
302 bleibt da meist kaum noch Spielraum, mit der Folge, dass Theater oder Schwimmbäder
303 geschlossen, Busverbindungen ausgedünnt oder Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
304 erhöht werden. Dies ist kein Vorbild für eine lebendige Demokratie. Links leben heißt für uns
305 deshalb, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen, die vor Ort gesellschaftliche und
306 soziale Teilhabe ermöglichen, weil sie hierfür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung
307 haben.

308

309 **Thesen: „Wie viel Freiräume braucht das Zusammenleben?“**

310

311 1. Öffentlicher Raum ist Lebensraum! Wir haben ein Recht auf Stadt!

312

313 Gesellschaftliches Leben bedeutet Kunst, Kultur, Politik und vieles mehr. Jede und Jeder hat
314 das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht
315 mehrmals betont, dass JedeR ein Anrecht auf das kulturelle Existenzminimum hat. Für uns geht
316 es aber um mehr. Denn neben individueller Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen
317 Leben braucht es zugängliche Räume und Platz für Gemeinschaft. Wir erleben die zunehmende
318 Privatisierung vormals öffentlicher Räume und Räumlichkeiten und damit das entstehen immer
319 neuer Zugangshürden. Wir wollen, dass junge Menschen sich auch dann mit ihren FreundInnen
320 treffen können, wenn sie sich die Getränkepreise im Szeneclub oder in der Innenstadtkneipe
321 gerade nicht leisten können. Wir wollen, dass politische und kulturelle Veranstaltungen auch
322 dann stattfinden können, wenn sie nicht genug Gewinn für hohe Raummieten abwerfen. Linke
323 Stadtentwicklungspolitik muss Innenstädte und Quartiere zu attraktiven Orten des
324 Zusammenlebens machen und nicht zu Konsummeilen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei
325 zugänglich sein, damit wirklich Platz für Alle ist. Wir wollen auch keine abgeschotteten
326 Nobelviertel und soziale Segregation in unseren Städten, sondern sozial durchmischte
327 Quartiere, die Angebote für alle bereithalten. Angemessener Wohnraum ist dabei ein
328 Grundrecht! Bezahlbares Wohnen in sozial gemischten Quartieren muss staatlich abgesichert
329 und alternative Wohnformen ermöglicht werden.

330 Des Weiteren müssen Angsträume abgebaut werden. Wir stehen für eine feministische
331 Stadtpolitik!

332

333 2. Seen und Parks gehören uns allen!

334

335 Seen und Parks sind öffentliche Orte der Naherholung und müssen zugänglich bleiben. Immer
336 öfter lässt sich dagegen beobachten, dass der Zugang zu Seeufern kaum mehr möglich ist, weil
337 sich alle Ufergrundstücke in Privatbesitz befinden. Wir sagen: Es kann nicht sein, dass es in
338 einer reichen Gesellschaft wie unserer nicht möglich ist, in einen See zu springen, ohne das
339 nötige Kleingeld mitzubringen. Gebiete der Naherholung müssen frei und kostenlos zugänglich
340 sein, sie gehören in öffentliches Eigentum.

341

342 3. Jugend braucht Freiräume!

343

344 Jugend braucht Freiräume, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Zugang zu Sport, Kunst
345 und Kultur muss gerade für junge Menschen kostengünstig und ohne Konsumzwang möglich
346 sein. Im ländlichen Raum bedeutet das vor allem, überhaupt Angebote zu schaffen oder solche
347 zu erhalten, die von der Schließung bedroht sind. Es darf keine weißen Flecken in der
348 Jugendarbeit geben, jede und jeder hat ein Recht auf Angebote zur Teilhabe und auf
349 Möglichkeit zur gemeinsamen Gestaltung der eigenen Freizeit – egal ob in der Metropole oder

350 auf dem platten Land. Die Formen der Jugendarbeit sind vielfältig und sollen es bleiben. Offen,
351 selbstverwaltet oder staatlich organisiert – alle diese Angebote haben ihre Berechtigung. Unser
352 Anspruch ist, dass Jugendliche selbst gestalten und mitbestimmen können und nicht über ihre
353 Köpfe entschieden wird, egal in welcher Form Jugendarbeit stattfindet. Es müssen deshalb die
354 Rahmenbedingungen geschaffen und hauptamtliche Begleitung sichergestellt werden, damit die
355 notwendigen Freiräume für ehrenamtliches Engagement eigenständige Angebotsgestaltung
356 durch Jugendliche geschaffen werden.

357

358 4. Freiräume brauchen Zeit!

359

360 Immer deutlicher wird: Immer mehr junge Menschen wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher
361 Perspektive, Familienplanung und Freundschaften entscheiden. Gerade in der sog. „Rushour
362 des Lebens“ prasseln unzählige Anforderungen auf uns und viele andere unserer Generation
363 ein. Wir wollen, dass Menschen eigenständig über die Gestaltung ihres Lebens bestimmen
364 können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir in
365 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und mehr
366 Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen
367 Arbeit und Freizeit zu sorgen! Damit ermöglichen wir auch mehr gesellschaftliches Engagement
368 und schaffen die Rahmenbedingungen für ein Leben, in dem Familien- und Sorgearbeit,
369 Ehrenamt und Erwerbsarbeit miteinander im Einklang und nicht sich gegenseitig im Weg
370 stehen. Freiräume braucht es aber nicht erst mit dem Eintritt in Ausbildung und Erwerbsleben –
371 auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf unverzweckte Zeit, die sie selbst gestalten
372 können. Wir wollen, dass neben Ganztagsangeboten an der Schule – welche wir auch für
373 Vereine und Verbände öffnen wollen - noch Zeit für außerschulische Aktivitäten oder einfach nur
374 eigenständig gestaltbare Freizeit bleibt.

375

376 5. Teilhabe braucht Mobilität!

377

378 Whatsapp, Facebook, zahlreiche Möglichkeiten über Entfernung in Kontakt zu bleiben – viele
379 Dinge erleichtert der Digitale Wandel. Und dennoch bleibt es im Kern dabei: Nur wer dorthin
380 kommt, wo etwas passiert kann auch Teil sein und teilhaben. Gerade junge Menschen sind
381 deshalb auf nicht-individuelle Mobilität angewiesen. Für alle zugängliche und regelmäßige
382 ÖPNV-Angebote, die sich JederR leisten kann sind für uns deshalb eine Grundvoraussetzung
383 für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV in Stadt und Land. So
384 reduzieren wir auch motorisierten Individualverkehr und schützen die Umwelt.

385

386 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht verhandelbar!

387

388 Stadt und Land bieten unterschiedliche Vorzüge und Nachteile, die sich aufgrund der
389 verschiedenen strukturellen Bedingungen ergeben. Für uns ist jedoch klar, dass es in staatlicher
390 Verantwortung liegt, gleichwertige Lebensverhältnisse auch zwischen Stadt und Land zu
391 gewährleisten. Dazu müssen wir intelligente Konzepte entwickeln, wie Metropolen und
392 Oberzentren mit dem Umland in Verbindung stehen und gegenseitig voneinander profitieren
393 können. Nicht in allen von Abwanderung betroffenen Regionen wird sich der
394 Schrumpfungsprozess stoppen lassen. Das darf aber kein Grund für einen Rückzug des
395 Staates und eine Absage an politische Gestaltungsansprüche sein. Gerade hier braucht es
396 Konzepte und damit verbundene Investitionen, um auch schrumpfende Städte und Gemeinden
397 als lebenswerte Räume zu erhalten. Insbesondere die Digitalisierung bietet auch für den
398 ländlichen Raum enorme Potentiale, indem sie Sharing-Modelle ermöglicht und Dinge von
399 Daheim erledigt werden können, für die sonst weite Wege nötig werden. Deshalb setzen wir uns
400 für den flächendeckenden, sozialen, Breitbandausbau ein – egal ob in der Stadt oder auf dem
401 Land.

402

403 **Thesen: „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“**

404

405 1. Bildung ist Erziehung zu Mündigkeit und kritischem Denken

406

407 Bildung ist die soziale, gesellschaftliche und ökonomische Frage unserer Zeit. Sie befähigt zu
408 demokratischer Teilhabe und sozialer Verantwortung, sie soll Chancen für alle eröffnen. Bildung
409 darf deshalb nicht kapitalistischen Prinzipien unterworfen sein. Sie soll sinnstiftend aber auch
410 Selbstzweck sein. Ziel ist nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Bildung -

411 auch nonformale Bildung – ist vielmehr eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein
412 selbstbestimmtes Leben, für die Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit
413 gesellschaftlichen Zuständen aber auch für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Obgleich
414 diese Chancengleichheit ein Bildungsziel ist, werden wir unser System des lebenslangen
415 Lernens niemals dem ökonomischen Druck zum Opfer fallen lassen.

416

417 Wir wollen demokratische Bildungsinstitutionen, die für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse
418 ohne starre Vorgaben ermöglichen. Ziel unseres Bildungsideals ist deshalb nicht das
419 Auswendiglernen von Inhalten, sondern die Erziehung zur Mündigkeit und zum kritischen
420 Denken. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen Chancen bietet – von
421 frühkindlicher bis Erwachsenenbildung.

422

423 In Bildungsinstitutionen soll die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen und
424 Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, so die Steigerung der politischen
425 Partizipation zu erreichen. Eine progressive Bildungspolitik ist entscheidend für
426 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung. Bildung in
427 dieser Form bedeutet ständige gesellschaftliche Selbstreflexion und ist Lebensgrundlage
428 menschlicher Gemeinschaft.

429

430 2. Ein inklusives Bildungssystem muss frei von Wettbewerbsgedanken allen offen stehen.

431

432 Das Bildungssystem ist heute ein Raum, in dem Menschen von Beginn an in verschiedene
433 Schubladen gesteckt und voneinander separiert werden. Das dreigliedrige Schulsystem trennt
434 SchülerInnen, bevor sie sich überhaupt richtig entwickeln können. Ein Studium an einer
435 Hochschule können sich nur die leisten, die finanziell unterstützt werden. Und längst nicht alle
436 Betriebe bilden aus. Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR eine Chance und, wenn notwendig,
437 auch weitere Chancen bekommt.

438

439 Bildung ist aber nicht nur als Bringschuld der Politik an die BürgerInnen zu betrachten, sondern
440 als durch den Staat unterstützter – nicht gelenkter – Prozess, an dem alle Menschen
441 partizipieren. Der muss Staat die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in der
442 Lage sind, Bildung zu erfahren, aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, sich zu
443 bilden.

444

445 Wir wollen deshalb ein inklusives Bildungssystem, an dem alle partizipieren können, damit sie
446 auch an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Kein Mensch darf aufgrund einer
447 Beeinträchtigung und/oder chronischen Erkrankung, des Elternhauses, der finanziellen
448 Möglichkeiten oder einem besonderen Förderbedarf „aussortiert“ werden. Bildungsinstitutionen
449 müssen allen offen stehen – beispielsweise auch Geflüchteten. Unser inklusives
450 Bildungssystem beginnt mit einer Kindertagesstätte für alle und verhindert die Spaltung in
451 unterschiedliche Schulformen.

452

453 3. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung der Demokratie.

454

455 Wir wollen, dass alle Menschen zum aktiven Leben demokratischer Teilhabe befähigt sind.
456 Partizipation an demokratischen Prozessen – von der Wahl bis zur Demonstration – ist Teil
457 unseres Bildungsziels. Wir begreifen Bildungsinstitutionen daher als Schulen der Demokratie.
458 Diese müssen ihrerseits aber auch demokratischen Strukturen unterliegen. Wir fordern daher
459 die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Das meint die gleichberechtigte
460 Mitbestimmung aller an den jeweiligen Institutionen beteiligten Menschen in
461 Selbstverwaltungsgremien. Mitbestimmung muss möglichst früh im Kindesalter beginnen und
462 stets altersgerecht ausgestaltet werden. Das Alter darf nicht als Ausrede für mangelnde
463 Beteiligung genutzt werden. Langfristig verlangen wir die Abschaffung unterschiedlicher
464 Statusgruppen, damit allen Beteiligten das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird.

465

466 Neben der paritätischen Mitwirkung aller Gruppen in Selbstverwaltungsgremien braucht es
467 starke autonome Vertretungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden, die auf
468 allen Ebenen gesetzlich verfasst sind. Um das Engagement in diesen Strukturen allen
469 gleichermaßen zu ermöglichen, muss es ausreichend Freiräume in Schule und Hochschule
470 geben. Die Vertretungen brauchen ein allgemeinpolitisches Mandat, damit sie die Interessen
471 ihrer Gruppen angemessen wahrnehmen können. Die konstruierte Trennung zwischen

472 Bildungs- und Allgemeinpolitik ist falsch. Bildungsinstitutionen sind Teil der Gesellschaft und
473 deshalb nicht von ihr getrennt zu betrachten.

474

475 Auch die Erziehung zum Antimilitarismus ist für uns Bildungsziel. Die Präsenz der Bundeswehr
476 in Bildungseinrichtungen zur Werbung lehnen wir ab. Diskussionen, bei denen SoldatInnen,
477 FriedenspädagogInnen und ExpertInnen kontrovers diskutieren, können dennoch sinnvoll sein –
478 denn die Mitglieder von Bildungsinstitutionen haben auch ein Recht auf Information und
479 Austausch. Die Veranstaltungen müssen freiwillig ausgestaltet und für alle interessierten
480 Menschen offen sein.

481

482 4. Die Bildungsfinanzierung ist staatliche Aufgabe – aber zum Teil auch Pflicht der
483 Privatwirtschaft.

484

485 Bildungsinstitutionen müssen vom Staat bedarfsgerecht ausfinanziert werden.
486 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen aber auch Weiterbildungseinrichtungen und
487 Kulturinstitutionen zu unterhalten und zu fördern, ist allein staatliche Aufgabe. Eine
488 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf Lern-, Lehr- und Forschungsinhalte lehnen wir ab. Doch
489 nur wenn der Staat die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sichert, hat er selbst die Hoheit
490 über Bildungsinhalte. Das bedeutet auch, dass in religiösen Fragen Neutralität gelten muss.
491 Bildungsinhalte sollen frei von jeglicher Religion sein. Wir stehen für eine Bildung für Vielfalt und
492 fordern daher Ethiklehre statt Religionsunterricht. Religiöse Bildung und Ausbildung sind
493 Privatsache und nicht von staatlicher Seite zu subventionieren.

494

495 Schrankenlose Privatisierungen im Bildungsbereich, die die Verwertung kultureller Leistungen
496 voraussetzen, haben zum massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur geführt. In diesem
497 staatlichen Handeln wird aber zugleich ein großes Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Er
498 möchte einerseits die Ausgaben für die öffentliche Bildungspolitik möglichst gering halten, aber
499 andererseits zugleich Bildung, Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile und
500 ökonomische Ressourcen nutzen. Dass diese Politik zum Scheitern verdammt ist, ist
501 offenkundig. Es muss bei der Bildung stets um die soziale Ebene als Teil von
502 Gesellschaftspolitik gehen.

503

504 Zugleich sehen wir die Wirtschaft aber in einer besonderen Verantwortung für die Finanzierung
505 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Wir wollen eine solidarische Ausbildungsplatzumlage,
506 damit Betriebe, die nicht ausbilden, sich an den Kosten beteiligen. Die duale Ausbildung wollen
507 wir weiter stärken. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Die Qualität der
508 Ausbildung muss gestärkt werden. Diese Weiterbildung muss auch die Privatwirtschaft
509 mitfinanzieren. Der Staat und die Privatwirtschaft müssen gemeinsam ein Recht auf
510 Weiterbildung und Bildungsurlaub in einem angemessenen Umfang gewährleisten.

511

512 5. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein

513

514 Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Von der frühkindlichen Bildung bis zur
515 Hochschule und zur betrieblichen Weiterbildung verlangen wir die Kostenfreiheit von Bildung für
516 alle, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation an
517 Bildung zu ermöglichen. Eine Unterschiedliche soziale Herkunft oder finanzielle Ungleichheiten
518 im Elternhaus dürfen keine Bedeutung haben. Wir wollen sie frühestmöglich abfangen. Für die
519 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen wir staatliche, gebührenfreie
520 Kindertagesstätten. Es braucht einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung.

521

522 Auch das dreigliedrige Schulsystem ist falsch und ungerecht. Wir wollen eine integrierte
523 Gemeinschaftsschule für alle: eine Ganztagschule, die allen die gleichen Möglichkeiten gibt.
524 Jedem Kind müssen durch individuelle Betreuung Chancen und Entwicklungsperspektiven
525 gegeben werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Qualifizierung und
526 Weiterbildung des pädagogischen Personals ein. Wir wollen auch den Zugang zur Hochschule
527 für alle möglich machen. . Insbesondere muss allen ein Studium ermöglicht werden, indem
528 Studienplatzkapazitäten ausgebaut und Hürden beim Zugang abgebaut werden.

529

530 Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen
531 Gründen ab. Zugleich streiten wir für eine sozial gerechte Ausbildungsförderung, die
532 bedarfsgerecht ausgestaltet ist und allen Menschen unabhängig von ihren Eltern eine

533 Ausbildung oder Studium ermöglicht. Es darf niemals darum gehen, im Bildungsbereich eine
534 Gewinnmaximierung durch Sparen auch im Bereich der Ausbildungsfinanzierung zu betreiben.
535 Auch hier gilt: Bildung ist keine Ware.

536

537 6. Die Digitalisierung des Bildungsbereiches muss als Chance der Inklusion genutzt werden.
538

539 Die Digitalisierung des Bildungsbereiches sehen wir als Herausforderung, die wir gestalten
540 wollen. Wir betrachten sie vor allem als Chance für Inklusion. Diese wollen wir fördern.

541 Technische wie soziale Ursachen tragen jedoch heute dazu bei, dass nicht jeder
542 gleichermaßen an der digitalen Entwicklung teilhaben kann. Nur wenn nicht nur der Ausbau
543 technischer Infrastruktur sondern auch eine Stärkung der Medien- und Informationskompetenz
544 gelingt, können alle von den Potentialen der Digitalisierung profitieren. Wir verstehen
545 Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungseinrichtungen weiter in den
546 Mittelpunkt gerückt werden muss. Auf dem Weg dorthin braucht es ein eigenes Schulfach
547 „Computing“, um Medienkompetenz möglichst früh zu vermitteln.

548

549 Die Digitalisierung ermöglicht es, weltweite Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Doch die
550 kritische Auseinandersetzung mit anderen Menschen in Diskussionen und Debatten ist
551 essentieller Bestandteil unseres Bildungsideals. Die digitale Lehre darf daher nicht zur
552 Verdrängung des Präsenzlernens führen, sondern ist ganz im Sinne des blended learning als
553 eine Ergänzung einzusetzen, wo Lernprozesse dies sinnvoll zulassen. Doch erkennen wir auch
554 an, dass durch digitale Bildungsangebote sich Menschen weiterbilden können, die aufgrund der
555 Ort- und Zeitgebundenheit bisher keine Weiterbildung wahrnahmen. Diese Form der
556 Weiterbildung wollen wir unterstützen.

557

558 „Open Educational Resources (OER)“ können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen
559 Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien
560 die weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die
561 Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und die didaktischen
562 Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate weiterentwickelt werden. Eine umfassende
563 technische Ausstattung und die Schaffung entsprechender Infrastrukturen sind notwendige
564 Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz digitaler Medien in der Bildung. Beim Einsatz
565 mobiler Endgeräte muss aus sozialen Aspekten die Anschaffung einheitlicher Geräte durch die
566 Bildungsinstitution die Regel sein.

567

568 **Thesen: „Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?“**

569

570 1. Tolerante und Diskriminierungsfreie Gesellschaft

571

572 Wir wollen in einer offenen, akzeptierenden und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben. Noch
573 immer gehören jedoch Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu
574 unserem Alltag.. Alle Menschen sollen sich frei entfalten können, ohne dabei auf Grund ihres
575 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe ausgegrenzt oder
576 schikaniert zu werden. Damit dies Realität wird, braucht es weiterhin demokratische Arbeit, um
577 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Straße entgegen zu wirken. Dazu gehören
578 sowohl Antidiskriminierungsgesetze, als auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, um endlich der
579 unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken. Darüber hinaus
580 braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, damit Rassismus und Sexismus in den Köpfen der
581 Menschen wirksam bekämpft werden kann.

582

583 2. Alte Rollenmuster überwinden - Verantwortung übernehmen

584

585 Der Ehe- und Familienbegriff haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Immer öfters gibt es
586 Paare, die zusammenleben möchten, ohne dabei den Bund der Ehe eingehen zu wollen. Diese
587 Menschen lieben sich genauso wie verheiratete Paare. Wenn sie Kinder haben, übernehmen
588 sie genauso Verantwortung für diese. Wir Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass alle
589 Menschen die Verantwortung für Kinder oder füreinander übernehmen, gleichberechtigt
590 nebeneinander stehen - Mit Trauschein oder ohne. Als Grundlage dazu könnten das Konzept
591 der PACs (pacte civil de solidarité) aus Frankreich sein. Darüber hinaus wollen wir die
592 LebenspartnerInnenschaft für alle ebenso öffnen wie die Ehe. Kinder brauchen Eltern, die sich
593 um sie kümmern, dabei ist es aber unerheblich, ob dies nun Vater und Vater, Mutter und Mutter

594 oder Vater und Mutter sind. Die Hauptsache ist, dass es den Kindern gut geht. Ein besonderes
595 Augenmerk muss auch auf Alleinerziehenden Eltern liegen. Eine modere Gesellschaft muss es
596 ihnen ermöglichen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Mit alten Rollenmustern
597 brechen heißt für uns auch, das klassische Familienmodell mit einem männlichen
598 Hauptverdiener und einer weiblichen Reproduktionsarbeiterin zu überwinden. Männer und
599 Frauen sollen zu gleichen Teilen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nachgehen. Dies sichert
600 Frauen über eigene, gut bezahlte Erwerbsarbeit langfristig und selbstständig ab und erlaubt
601 Männern, sich selbst in Haus- und Sorgearbeit zu verwirklichen. Dabei wollen wir außerdem
602 sicher stellen, dass sich Elternteile nicht aus ihrer Verantwortung stehlen, und dem anderen
603 Elternteil die alleinige finanzielle Belastung und Sorgearbeit überlässt.

604

605 3. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche gestalten anstatt nur zur verwalten

606

607 Der technische Fortschritt und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben in den
608 vergangenen Jahren immer größere Sprünge nach vorne gemacht. Dabei kann die Politik dies
609 nicht aufhalten, sondern allerhöchstens ausbremsen. Ziel jungsozialistischer Politik muss es
610 daher sein, diesen Fortschritt so zu gestalten, dass er dem Wohle aller Menschen dient.

611

612 Damit aber alle Menschen daran teilhaben können, muss unbedingt der Zugang zum Internet
613 als Grundrecht der Daseinsvorsorge definiert werden und die Vermittlung von Internet- und
614 Medienkompetenz bereits in den Kinderschuhen unterrichtet werden.

615

616 An weiten Teilen unserer Kommunikation und Internetnutzung haben große Konzerne teil und
617 sammeln dabei personenbezogene Daten. Wir müssen die Selbstbestimmung der Nutzer*innen
618 bei der Verwendung ihrer Daten durch Dritte sichern und den allgemeinen Datenschutz
619 ausbauen.

620

621 Auch auf unser Arbeitsleben hat die fortschreitende Digitalisierung großen Einfluss. Sie kann die
622 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, aber auch zu ständiger Erreichbarkeit und
623 Überwachung führen. Sie beeinflusst ganze Berufsbranchen. Die Politik muss hier daher klare
624 Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen treffen.

625

626 4. Selbstbestimmte Gesellschaft - Cannabis legalisieren

627

628 Viele Menschen in Deutschland kiffen regelmäßig, daran ändern auch Verbote nichts. Die
629 allermeisten der KifferInnen in Deutschland konsumieren bewusst und verantwortungsvoll. Sie
630 schaden niemandem und doch werden sie wie Kriminelle behandelt. Damit muss Schluss sein!
631 Wir wollen, dass der Konsum von Cannabis, Anbau und Handel legal werden und jedeR selbst
632 bestimmen kann, ob sie kiffet oder es lässt.

633

634 5. Miteinander Entscheiden statt über Köpfe hinweg

635

636 Wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an politischen Entscheidungen
637 verbessern. Dies ist ein Schritt um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

638

639 Besonders die Beteiligung junger Menschen muss ausgebaut werden. Heute entscheidet die
640 Politik über sie, aber oftmals nicht mit Ihnen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen soll
641 helfen, dass bei politischen Entscheidungsprozessen auch die Belange junger Menschen
642 stärker berücksichtigt werden. Junge Leute sind keinesfalls unpolitisch. Aber viele nervt
643 gewaltig, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. Sie müssten schon in der Schule oder der
644 Ausbildung merken, dass sie Einfluss auf Entscheidungen haben. Dass sich konkret etwas
645 verändert, weil sie da sind und sich einbringen.

646

647 Parteien müssen einen Teil ihrer vorderen Listenplätze bei Wahlen für junge Menschen
648 reservieren. Junge Menschen sollten entsprechend dem Anteil ihrer Altersgruppen an der
649 Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

650

651 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

652

653 1. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeit

654

655 Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral. Sie sichert Menschen ein Auskommen und hat eine
656 wichtige Integrationsfunktion in die Gesellschaft. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Arbeit,
657 der es Menschen erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können und die
658 integrativen Funktionen von Arbeit zu nutzen.

659

660 2. Arbeitszeit muss umverteilt werden

661

662 Viele Menschen arbeiten deutlich mehr als sie gerne würden – leisten große Zahlen an
663 Überstunden und haben kaum Zeit für ihre Familien, ihr soziales Umfeld oder zur individuellen
664 Entfaltung. Andere, insbesondere Frauen, können von ihrem Halbtagsjob nicht auf mehr
665 Stunden aufstocken oder finden gar nicht erst eine Arbeitsstelle. Deshalb wollen wir Arbeit
666 umverteilen! Menschen müssen mehr Zeit haben, sich um ihre Angehörigen zu kümmern, Zeit
667 mit ihrer Familie zu verbringen, Zeit für Ehrenamt und Muße. Wir brauchen ein neues
668 Normalarbeitsverhältnis, das von einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden
669 ausgeht. Darüber hinaus müssen auch andere Arbeitszeiten neben der Erwerbsarbeit (bspw.
670 Pflege- und Sorgearbeit) deutlich besser abgesichert werden. Dafür ist für uns die
671 Arbeitsversicherung das Mittel der Wahl.

672

673 3. Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen radikal ausgeweitet werden

674

675 Wirtschaftsdemokratie, Teilhabe und Partizipation an Arbeits- und Produktionsstätten ist viel zu
676 lange in den Hintergrund der politischen Debatte getreten. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist
677 der zentrale Angriffspunkt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Verflüssigung der
678 Grenzen zwischen Arbeit und Kapital und bestes Instrument im Kampf für gute Arbeit. Neben
679 traditionellen Teilhabemöglichkeiten sollten wir gesellschaftlichen Wandel nutzen, und neue
680 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren. Dabei brauchen wir mehr Verantwortung statt mehr
681 Verstaatlichung. Menschen wollen und sollen an ihren Arbeitsstätten teilhaben und mehr
682 Verantwortung übernehmen. Neben kollektiver Mitbestimmung brauchen wir auch mehr
683 individuelle Partizipationsmöglichkeiten. Dies entspricht einerseits dem Puls der Zeit und dem
684 Wunsch von vielen Menschen nach mehr direkter Teilhabe und individuellen Lösungen,
685 gleichzeitig können Gewerkschaften über eine Verabschiedung von der StellvertreterInnenpolitik
686 ArbeitnehmerInnen direkter einbinden.

687

688 4. Digitalisierung ist die Zukunft der Arbeit

689

690 Der Digitale Wandel hat die Arbeitswelt längst erreicht. Wir können und wollen diese nicht
691 aufhalten sondern gestalten. Dabei müssen Arbeits- und Aufgabenfelder natürlich unseren
692 Standards guter Arbeit entsprechen. Technischer Fortschritt kann z.B. dabei helfen, gefährliche
693 und unattraktive Arbeit zu reduzieren oder generelle Spielräume für Arbeitszeitverkürzungen
694 schaffen. Arbeit wird darüber hinaus flexibler, und kann sich damit mehr an die Bedürfnisse der
695 Menschen anpassen. Wichtig ist dabei, dass sich Flexibilität an den Bedürfnissen der
696 ArbeitnehmerInnen orientiert (nicht an denen, der ArbeitgeberInnen). Für die Gleichstellung der
697 Geschlechter sind flexiblere Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung, um Frauen und
698 Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Damit dies gelingen kann und
699 möglichst viele Menschen von der Flexibilität profitieren, müssen neben den Menschen selbst
700 auch Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Um die
701 Digitalisierung der Arbeitswelt kritisch und konstruktiv zu begleiten müssen Betriebsräte
702 zukünftig besser aus- und weitergebildet werden. Neben positiven Entwicklungen kann die
703 Digitalisierung durch technischen Fortschritt auch z.B. zu dem Wegfall bestimmter Arbeitsfelder
704 führen. Wir benötigen Kompensation und Alternativen, für Menschen deren bisherige
705 Aufgabenfelder davon betroffen sein können. Insgesamt muss die Digitalisierung der Arbeitswelt
706 zu einem Mehr an guter Arbeit für alle führen. Die Schaffung neuer atypischer Formen von
707 Arbeit, z.B. durch einen höheren Grad an Flexibilisierung, lehnen wir entschieden ab.

708

709 5. Menschen müssen sich während des ganzen Lebensverlaufs weiterbilden

710

711 Nicht nur aber auch auf Grund von Digitalisierung und ständigem Wandel der Arbeitswelt
712 müssen Menschen im Laufe ihres Lebens kontinuierlich weiterbilden. Die
713 Qualifikationsanforderungen für Arbeitsplätze steigen und verändern sich stetig, dem
714 entsprechend wollen wir Weiterbildung für alle Menschen ermöglichen und sie dabei, zeitlich
715 und monetär unterstützen. Die von uns beschriebene Arbeitsversicherung ist unser Garant für

716 die Ermöglichung einer dauerhaften und gut abgesicherten Weiterbildungs- und
717 Qualifizierungsphase.

718

719 6. Gleichstellung wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden

720

721 Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Dafür
722 brauchen wir weiterhin jegliche Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
723 Frauen und die stetige Forderung und Förderung von Männern, mehr Familien- und Sorgearbeit
724 zu übernehmen. Unser Ziel ist es, so viel wie möglich Reproduktionsarbeit zu Erwerbsarbeit
725 machen und somit mehr und mehr unbezahlte Arbeit zu bezahlter zu machen und zu
726 vermarktlischen. Dies bedeutet natürlich nicht, sie allein der Willkür des freien Marktes zu
727 überlassen, sondern notwendige Tätigkeiten z.B. Kinder- oder Altenpflege staatlich zu
728 unterstützen. Damit muss für uns einher gehen, dass Sozialberufe finanziell deutlich
729 aufgewertet werden. Um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu fördern ist die
730 obligatorische Vaterschafts-Auszeit ein Instrument, das Männer (analog zum Mutterschutz)
731 zwischen 8 und 10 Wochen bei der Geburt eines Kindes vom Arbeitsplatz fern halten soll.
732 Obwohl der Gender Pay Gap längst nicht überwunden ist, sinkt dieser Dank verschiedener
733 politischer Maßnahmen zumindest ein wenig. Weiterhin massiv hoch sind Gender Income Gap
734 und Gender Pension Gap. Sowohl Vermögen als auch Rentenansprüche sind weiterhin massiv
735 ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dagegen wollen wir sowohl mit den natürlichen
736 Mitteln des Arbeitsmarktes als auch geschlechterspezifischer Umverteilungsinstrumente
737 entgegen wirken.

738

739 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

740

741 1. Politik muss weltweit Voraussetzungen für Selbstentfaltung schaffen

742

743 Jeder Mensch ist täglich Kämpfen ausgesetzt. Diese können im kleinen, privaten Kreis
744 stattfinden oder sich über ganze Menschengruppen und Regionen ziehen.

745

746 Unser Kampf ist immer ein politischer, der sich vor allem auf Veränderungen im Sozialen und
747 Wirtschaftlichen bezieht. Wir führen ihn gegen Strukturen, die die Selbstentfaltung der
748 Menschen verhindern. Dieser Kampf endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Wir führen ihn
749 international. Zum Internationalismus zählt für uns das Organisieren in großen, globalen
750 Netzwerken, die demokratisch agieren und das Wissen und die Fähigkeiten aller verbinden.
751 Ihnen werden die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung gestellt, um Beschlüsse in
752 Handeln umzusetzen.

753

754 2. Demokratisierung aller Lebensbereiche durch die Europäische Union

755

756 Die Europäische Union ist ein erster Schritt zu einem internationaleren Kampf. Sie muss eine
757 Vorreiterrolle auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus übernehmen. Damit geht eine
758 umfassende Demokratisierung aller Politik- und Lebensbereiche einher. Auch muss sie eine
759 größere Rolle bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten spielen. Um das zu
760 ermöglichen, müssen Ungleichheiten zwischen und in Gesellschaften abgebaut werden - nicht
761 nur in Europa, sondern weltweit. Auch spielt die EU eine herausragende Rolle, wenn es darum
762 geht, die Welt friedlicher zu machen. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Armeen
763 abgeschafft und eine europäische Armee geschaffen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn
764 linke, progressive Kräfte die Deutungshoheit über die EU erlangen und wir sie nach unseren
765 Idealen gestalten.

766

767 3. Entwicklungszusammenarbeit muss die Bedürfnisse der Menschen nach vorne stellen

768

769 Die globale Verteilungsungerechtigkeit ist allgegenwärtig. Die Spaltung zwischen dem globalen
770 Süden und dem Globalen Norden ist weder überwunden, noch zurückgegangen. Sie schreitet
771 aufgrund der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktionsweise immer weiter voran. Die
772 Bedürfnisse von Menschen geraten in den Hintergrund; Armut und Existenzängste prägen den
773 Alltag. Die Umwelt wird auf Kosten der schwächsten ausgebeutet. Ein selbstbestimmtes Leben
774 in Würde ist vielerorts nicht möglich.

775

776 Internationale Solidarität erfordert vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Gefälles, den „Schutz“,

777 der Unterstützung der Menschen und somit auch der Umwelt. Dazu müssen Systeme die
778 Existenzängste erzeugen überwunden werden. Wir wollen Menschen dazu befähigen sich
779 selbständig zu verwirklichen. Daher muss Entwicklungszusammenarbeit so gestaltet sein, dass
780 die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft. Es kann uns
781 dabei nicht nur darum gehen die Folgen des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital im
782 globalen Norden abzufedern und die Folgen im globalen Süden zu vernachlässigen. In einer
783 globalisierten Welt muss auch der Arbeitskampf global geführt werden.

784

785 Globale Verteilungsgerechtigkeit sorgt für Sicherheit und bringt freie Entfaltungs- und
786 Entscheidungsmöglichkeiten für alle mit sich. Sie ist somit ein wichtiger Baustein für globalen
787 Frieden. Und eine unumgängliche Voraussetzung des demokratischen Sozialismus.

788

789 4. Konfliktmanagement muss langfristige Perspektiven schaffen und Präventionsarbeit
790 betreiben

791

792 Kriege und Konflikte finden oftmals nicht mehr zwischen zwei Staaten statt. Asymmetrische
793 Kriege und Konflikte treten immer mehr und mehr an deren Stelle. Die Gründe sind so
794 unterschiedlich wie die Konflikte. Ungleiche Zugänge, zu natürlichen Ressourcen, Armut,
795 gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten, staatliches Versagen oder
796 Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte.

797

798 Für asymmetrische Konflikte und Kriege kann es kein Allgemeinrezept geben. Es zeigt sich
799 aber, dass ein Konfliktmanagement, das nur auf Interventionen und kurzfristige Waffenruhe
800 ausgerichtet ist keine Lösung ist. Es gilt die Ursachen dieser Kriege und Konflikte zu
801 bekämpfen.

802

803 Präventionsarbeit und Konfliktmanagement stellen daher die wichtigste Säule unserer
804 Außenpolitik dar. Krieg und Krisen begegnen wir prinzipiell mit dem Vorrang nichtmilitärischer,
805 friedens- und vertrauensbildender Ansätze. Jedwedes Eingreifen in bewaffnete Konflikte in
806 souveränen Staaten bedarf aus Sicht der Jusos eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen
807 nationale Alleingänge oder "Koalitionen der Willigen" sich als moralisches Recht zur Intervention
808 konstruieren. Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem
809 Oberbefehl der Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der
810 internationalen Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der
811 internationalen Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen
812 Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat. Wir sehen an dieser Stelle die
813 Weltgemeinschaft als Ganzes in der Verantwortung.

814

815 Damit diese langfristig ihrer Aufgabe gerecht werden kann müssen Funktionalität und Integrität
816 der UN, besonders des Sicherheitsrates verbessert werden. Was wir brauchen ist eine
817 Demokratisierung der UN. Es bedarf einer Abschaffung des Vetorechts, eine Besetzung des
818 Sicherheitsrates nach Proporz, eine zwingende Mandatierung.

819

820 **Links leben – dafür braucht es Bewegung!**

821

822 Links leben – das geht nicht von heute auf morgen. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei
823 Jahren aber erste Ideen erarbeitet, wie jungsozialistisches Leben im 21. Jahrhundert aussehen
824 kann. Dabei ist immer klar: wir wollen, dass Jeder und Jede ihr Leben so leben kann, wie er
825 oder sie will. Wir wollen, dass Lebensträume keine Träume bleiben. Wir sind fest davon
826 überzeugt, dass das nicht alleine, sondern nur gemeinsam funktioniert. Freiheit, Gerechtigkeit
827 und Solidarität gehen dafür Hand in Hand.

828

829 An unseren Ideen werden wir weiter feilen – wir bleiben in Bewegung. Im Austausch mit jungen
830 Leuten, GewerkschafterInnen, Jugendverbänden, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und
831 vielen mehr gehen wir voran. Schritt für Schritt werden wir Verbündete für unsere Vorstellungen
832 suchen. Schritt für Schritt werden wir unsere Ideen auch in die SPD tragen. Denn auch die SPD
833 braucht endlich eine überzeugende Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft gestalten will.
834 Dafür auf die Jugend zu hören ist immer die beste Idee!

835

836 Mit unseren Überzeugungen bringen wir diese Gesellschaft und diese Welt in Bewegung!
837 Gemeinsam sind wir stark! Los geht's!